

Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Thomas Oppermann MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 8. Mai 2014

Sehr geehrter Herr Kauder, sehr geehrter Herr Oppermann,

gemeinsam haben sich Wirtschaftsrat der CDU e.V. und Managerkreis der Friedrich-EbertStiftung e.V. intensiv mit dem Rentenpaket der Bundesregierung auseinandergesetzt. Wir können nicht anders, als in Sorge um die Zukunft der jungen Generation und den Wirtschaftsstandort vor diesem Projekt zu warnen. Wir plädieren eindringlich an die Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD: Verabschieden Sie die „Mütterrente“ und „Rente mit 63“ auf keinen Fall wie vorgesehen.

Völlig zu Recht warnen deutsche Forscher und internationale Experten einhellig, von Gesetzlicher Rentenversicherung über Sachverständigenrat bis hin zur OECD: Das Rentenpaket hätte dramatische Folgen für die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Gerade jetzt, da die Folgen der Bevölkerungsalterung einsetzen und die Belastbarkeit unserer Sozialsysteme ohnehin in naher Zukunft auf das Äußerste strapaziert wird, sind die Leistungsausweitungen von heute verantwortlich für die Rentenkürzungen von morgen, die dann umso schmerzhafter sein werden. Die höheren Mütterrenten, die abschlagsfreie Rente mit 63 und eine Reihe weiterer Maßnahmen verschlingen bis zum Jahr 2030 insgesamt 160 Milliarden Euro. So steht es im Gesetzentwurf - und das ist noch vorsichtig prognostiziert. Die Mindereinnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in zweistelliger Milliardenhöhe sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Damit ist das Rentenpaket ein Mühlstein bei der Bewältigung der europäischen Staatsschulden- und Strukturkrise: Im Euro-Plus-Pakt hat sich Deutschland zu einem langfristig tragfähigen Rentensystem verpflichtet. Wenn die Regierungsfractionen das Rentenpaket beschließen, entziehen Union und SPD ausgerechnet wenige Tage vor der Europawahl dem Euro-Plus-Pakt den Boden. Falls wir selbst vertragsbrüchig werden und die Axt an die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialsysteme legen, verliert Deutschland jede Autorität als europäischer Reformmotor. Die EU-Krisenstaaten würden kaum noch Motivation und Druck zur Bewältigung ihrer Strukturprobleme verspüren.

Das Rentenpaket ist aber auch und vor allem eine Gefahr für den Standort Deutschland: Ältere Arbeitnehmer werden in Zeiten der Bevölkerungsalterung mehr denn je gebraucht. Der Fachkräftemangel entwickelt sich zu Deutschlands Wachstumshindernis Nr. 1, es sei denn, Union und SPD steuern entschlossen gegen. Stattdessen geben die Regierungsparteien auch noch kräftig Gas Richtung Abgrund: Viele Fachkräfte – rund ein Viertel jedes Jahrgangs – treiben sie vorzeitig in den Ruhestand.

Wir anerkennen sehr wohl, dass das geltende Rentenrecht nicht in allen Punkten gerecht ist. Aber auch das jetzt vorliegende Rentenpaket ist ungerecht gegenüber ärmeren Senioren, Frauen und Jungen. Die Rente mit 63 impliziert eine Umverteilung von unten nach oben. Denn sie kommt denen zugute, die als besonders langjährig Versicherte Renten haben, die fast doppelt so hoch sind wie die aller übrigen Rentner (1.365 € vs. 703 € monatlich in 2012). Im Endeffekt würde die Rente der ärmeren Durchschnittsrentner gekürzt. Zugleich sind 86% der Berechtigten der Rente für besonders langjährig Versicherte Männer. Zur Kasse gebeten werden dafür alle anderen Beitragszahler und Rentner – insbesondere Frauen, die selbst nur in Ausnahmefällen Anspruch auf die zwei zusätzlichen Rentenjahre hätten.

Die vorgeschlagene Verbesserung der Mütterrente für Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, ist falsch finanziert und nicht generationengerecht. Jährlich sollen dafür 6 Mrd. Euro aus der Rentenversicherung aufgebracht werden. Die derzeit bestehenden Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung werden dadurch schnell abgebaut, letztlich wird man um weitere Erhöhungen der Beitragssätze nicht umhinkönnen. Kindererziehung ist aber an sich kein konstitutiver Bestandteil der Rentenversicherung. Wie u.a. der Bundesverband der deutschen Arbeitgeber (BDA) und der Deutsche Gewerkschaftsbund

(DGB) fordern, sollte eine zusätzliche Mütterrente vollständig aus Steuermitteln finanziert werden. Darüber hinaus ist die Mütterrente auch nicht sozial ausgewogen und nicht generationengerecht. Aufgrund der Anrechnung der Mütterrente auf die Grundsicherung gehen gerade ärmere Mütter leer aus. Sie ist somit kein Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut. Bessergestellte Mütter dagegen haben die größten Mitnahmeeffekte. Die Besserstellung der Mütter vor 1992 führt in Konsequenz zu einer stärkeren Belastung der jüngeren Generationen, auch der jüngeren Mütter.

Nach Berechnung der Gesetzlichen Rentenversicherung werden die bis 2020 anfallenden Kosten des Rentenpakets zu 60% den Beitragszahlern aufgehalst. Dabei schultert die junge erwerbstätige Generation bereits heute ihren Anteil zur Bewältigung des demographischen Wandels: Die Jungen müssen eigenverantwortlich fürs Alter vorsorgen, denn ihr Rentenniveau wird einmal bis auf 44% absinken – durch das Rentenpaket noch einmal 2% weniger, als ohnehin bereits festgelegt. Die junge Generation darf nicht als Lastesel missbraucht werden!

Wir brauchen ein Rentenpaket, das den Herausforderungen des demographischen Wandels wirklich gerecht wird. Falls wir nicht wollen, dass entweder die Renten der Älteren drastisch sinken oder die Beitragssätze der Erwerbstätigen dramatisch ansteigen, bleibt nur eine Lösung: Lebensarbeitszeit verlängern, statt verkürzen. Deshalb darf es keine Rolle rückwärts bei der Rente mit 67 geben, und schon gar nicht eine Rente mit 63 unter großzügiger Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit. Ganz im Gegenteil: Wirklich sinnvoll ist der Vorschlag des Sachverständigenrats, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung der Deutschen zu koppeln. Gleichzeitig gehört aber auch die Flexibilisierung des Rentenbeginns auf die Agenda. Wer andererseits über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten will, sollte nicht mit Renten- und Arbeitslosenbeiträgen bestraft werden, denen keine Leistungen gegenüberstehen. Zudem müssen Älteren Beschäftigungsperspektiven durch neue Befristungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Statt rückwärtsgewandter Umverteilung mit Kosten im dreistelligen Milliardenbereich sollte die Große Koalition viel eher in die Zukunft unserer Landes und unserer Kinder investieren: Deutschland braucht dringend mehr Geld für Bildung, insbesondere für Schulen, mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur, mehr Geld für digitale Netze und mehr Geld für die Infrastruktur unseres Gesundheitssystems. Nur mit solchen zukunftsgerichteten Investitionen können

Union und SPD sicherstellen, dass die Ankündigung der Bundeskanzlerin und des Vizekanzlers Realität wird: Deutschland soll durch die Große Koalition künftig besser dastehen als heute.

Sehr geehrter Herr Oppermann, sehr geehrter Herr Kauder, wir appellieren eindringlich an die Koalitionsfraktionen: Korrigieren Sie die verhängnisvollen Fehlkonstruktionen des vorgelegten Rentenpaketes, orientieren Sie sich an der verantwortungsvollen Politik Ihrer Vorgänger. Die Bevölkerungsalterung wird unseren Sozialstaat mit aller Wucht treffen. Statt Leistungsausweitungen führt an einer längeren Lebensarbeitszeit kein Weg vorbei. Nur so können wir eine Überlast der jungen Generation vermeiden und zugleich einen auskömmlichen Lebensabend der Älteren sicherstellen. Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Ziel arbeiten und konkrete Schritte einer Rentenreform beraten.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Steiger

Generalsekretär
Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Luisenstr. 44, 10117 Berlin



Klaas Hübner

Sprecher
Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin